

na spielen. Bisher existieren in der Region lediglich fünf solcher ETDZ.

Landesweit gibt es bereits 43 von der Zentralregierung genehmigte ETDZ, die insgesamt ausländische Investitionen in Höhe von rd. 32 Mrd. US\$ angezogen haben. (XNA, 10.9.00)

Neben den ETDZ besteht der Trend zum Aufbau von Sonderzonen für die Exportveredelung von Produktion, so genannten Export Processing Zones (EPZ). Auf der o.g. 4. China Fair for Investment and Trade in Xiamen wurde vom stellvertretenden Direktor der Zollbehörde angekündigt, dass im Oktober d.J. 15 EPZ eröffnet werden. Genaue Vorschriften und Bestimmungen über die Arbeit dieser Zonen werden dann auch in Kraft treten. In diesen Zonen sollen ausländische Unternehmen effiziente und unbürokratische Dienstleistungen erhalten. Der Veredelungshandel ist von besonderer Bedeutung für den gesamten Außenhandel. In den ersten sechs Monaten d.J. belief sich das Export- und Importvolumen des Veredelungshandels auf rd. 105,64 Mrd. US\$, ein Anstieg um 29,3% und ein Anteil von 48,7% am gesamten Außenhandelsvolumen. (XNA, 10.9.00)

Als erste EPZ wird die Kunshan EPZ in der Provinz Jiangsu ihren Betrieb aufnehmen. Der Aufbau der EPZ soll Kosten von bisher rd. 100 Mio. Yuan verursacht haben. Geplant ist die Ausdehnung der Zone auf 2,86 qkm. (YNA, 16.9.00)

Auch in Xiamen wird demnach eine EPZ eröffnet werden, und zwar als Teil der Haicang Taiwanese Investment Zone. Die neue EPZ wird in der ersten Phase eine Ausdehnung von rd. 1,46 qkm aufweisen. Die Haicang Taiwanese Investment Zone wurde bereits 1989 vom Staatsrat genehmigt und hat seitdem 140 Auslandsunternehmen mit einem Gesamtvolumen ausländischer Investitionen in Höhe von 3,34 Mrd. US\$ angezogen. (XNA, 12.9.00)

Im Zuge des anstehenden WTO-Beitritts werden die Bestimmungen, die bisher für alle Arten von Sonderzonen in China gelten, an internationale Standards angepasst werden müssen. Dazu gehören vor allem die Ausnahmeregelungen in den Sonderwirtschaftszonen.

Die größte Sonderwirtschaftszone Shenzhen wurde im August 1980 gegründet und soll seit ihrem Aufbau eine jährliche wirtschaftliche Wachstumsrate von rd. 31% aufweisen. Heute liegt Shenzhen hinsichtlich des BIP an sechster Stelle unter den größten Städten in China. Bei den Exporten nimmt Shenzhen mit einem Volumen von 50,4 Mrd. US\$ im Jahre 1999 den höchsten Rang unter allen Städten ein. (XNA, 15.9.00) Insgesamt sollen rd. 12.000 Unternehmen mit Auslandskapital in Shenzhen zu finden sein. Diese Unternehmen trugen 1999 rd. 78% zum Industrieoutput der Stadt und 53,6% zu den Exporten bei. (XNA, 22.9.00) -schü-

SVR Hongkong

32 Wahlen zur Legislativversammlung: Erosion des demokratischen Lagers

Am 10. September wurde in Hongkong die zweite Wahl zur Legislativversammlung (Legislative Council) seit dem Souveränitätswechsel im Jahr 1997 abgehalten. Die Ergebnisse waren von Beobachtern mit großer Spannung erwartet worden, da die Legislativwahl nicht nur als Mechanismus zur Feststellung des Kräfteverhältnisses zwischen den politischen Parteien, sondern auch als Indikator für die Verwurzelung demokratischer Werte in Hongkong allgemein gewertet wird. Die erste Wahl zur Legislative der Sonderverwaltungsregion (SVR) im Mai 1998 hatte dem demokratischen Parteienlager starken Auftrieb gegeben und ein wachsendes Bedürfnis der Hongkonger Bevölkerung nach demokratischer Mitbestimmung zum Ausdruck gebracht. Verglichen mit den damaligen Ergebnissen reflektiert der jüngste Wahlausgang einen Rückschlag der demokratischen Kräfte und bestätigt damit einen Trend, der sich bereits bei den Wahlen zu den Bezirksräten (District Boards) im November 1999 abgezeichnet hatte (vgl. C.a., 98/5, S. 527-532, 99/11, Ü 27, 00/7, S. 795-796).

Als enttäuschend im Vergleich zu den Wahlen im Mai 1998 wurde zunächst

die Wahlbeteiligung gewertet. Hatte die Wahlbeteiligung damals - trotz heftigen Dauerregens - ein Rekordhoch von 53,3% verzeichnet, so gaben dieses Mal - bei heiterem Wetter - nur 43,6% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Viele sahen darin das traditionelle Bild einer politisch weitgehend apathischen Bevölkerung bestätigt. Allerdings ist zu sehen, dass die diesjährige Beteiligungsrate doch noch um einiges höher lag als zu Zeiten der kolonialen Herrschaft, wo sie jeweils unter 40% geblieben war (1991: 39,2%; 1995: 35,8%). Hinter dem im Vergleich zu 1998 gesunkenen Interesse an den Legislativwahlen wird allgemein eine Verdrossenheit über das teildemokratische System und über die Leistungen der Regierungsarbeit sowie der jüngste, durch einen Skandal um politische Meinungsfragen verstärkte Unmut über Regierungschef Tung Chee-hwa vermutet. (Darstellung und Diskussion der Wahlergebnisse in SCMP, 11., 12., 13., 14.9.00; IHT, 11., 12.9.00; FT, 11.9.00; WSJ, 11.9.00; vgl. C.a., 00/6, Ü 39, 00/8, Ü 30)

Aus Sicht der demokratischen Kräfte noch enttäuschender aber waren die Wahlergebnisse, die in der folgenden Tabelle zusammengestellt sind. So ist zunächst zwar zu sehen, dass das demokratische Lager seinen absoluten Anteil mit 18 von insgesamt 60 Mandaten (Democratic Party: 12; The Frontier: 2; Association for Democracy and People's Livelihood: 1; sowie drei pro-demokratische Vertreter aus der Reihe der unabhängigen Kandidaten) aufrechterhalten konnte (1998: insgesamt 19 von 60 Mandaten). Diese weitgehende Konstanz ist allerdings vor dem Hintergrund einer Ausweitung der Direktmandate zu relativieren, von der man eine Stärkung der demokratischen Kräfte erwartet hatte. So sieht das Hongkonger Grundgesetz für die ersten drei Wahlen zur Legislativversammlung eine abgestufte Ausweitung der direkt zu wählenden Mandate vor (1998: 20; 2000: 24; 2004: 30), während die Zahl der durch einen 800-köpfigen Wahlausschuss (lection committee) zu bestimmenden Mandate entsprechend stufenweise von zehn auf null reduziert wird; unbeeinträchtigt davon bleibt die Wahl der anderen Hälfte der Mandate (30 der insgesamt 60 Mandate) durch berufsständische und branchenbezogene Wahlkollegien

(functional constituencies) (Annex II des *Basic Law*; vgl. C.a., 1998/5, S. 528-530). Dass die tendenzielle Reduktion

gen ineffektive Arbeit in der Legislative zur Verfügung zu stehen (SCMP, 11., 12.9.00).

Tabelle: Ergebnisse der Wahlen zur Legislativversammlung (1998 und 2000)

PARTEI	1998	2000
Beijing-kritische Parteien	17	15
Democratic Party	13	12
The Frontier	3	2
Citizens Party	1	0
Associations for Democracy and People's Livelihood	0	1
Unabhängige	20	21
darunter: prodemokratische Vertreter	2	3
Beijing-freundliche Parteien	23	24 (-1)*
Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong	9	11 (-1)*
Liberal Party	9	8
Hong Kong Progressive Alliance	5	5

* Reduktion durch Rücktritt eines Abgeordneten der DAB nach der Wahl; endgültige Wahlergebnisse daher erst nach voraussichtlichen Nachwahlen im Dezember zu erwarten.

Quellen: *China aktuell*, 1998/5, S. 529; SCMP, 12.9.2000.

tion der elitären Bestimmung von Legislativsitzen („small circles“-election) zu Gunsten demokratischer Direktwahlen den demokratischen Parteien nicht stärkeren Auftrieb gegeben hat, muss als deutlicher Rückschlag gewertet werden (vgl. Brown, Deborah et al., „Democracy in Hong Kong: Reality or Myth?“, Foreign Policy Research Institute E-Note, distributed exclusively via Fax & Email).

Besonders niederschmetternd war das Ergebnis für die Democratic Party, die unter der charismatischen Führung von Martin Lee seit Ende der achtziger Jahre als Flaggschiff der Beijing-kritischen und pro-demokratischen Kräfte in Hongkong gewirkt hat. Hatte sie 1998 bei den Direktwahlen 42,6% der Stimmen auf sich vereinigen können, so sank ihr Anteil nun auf 34,7%. Insgesamt kam sie auf 12 Sitze und damit einen weniger als 1998. Auch die Partei The Frontier unter Emily Lau verlor eine Stimme und stellt nunmehr nur noch zwei Abgeordnete; nicht mehr in der Legislativversammlung vertreten ist die Citizens Party unter Christine Loh, nachdem diese im April dieses Jahres angekündigt hatte, nicht länger für die in ihren Au-

Demgegenüber ging das Beijing-freundliche Parteienlager insgesamt gestärkt aus den diesjährigen Wahlen hervor. Während die Liberal Party durch den Kandidaturverzicht ihres prominenten Vertreters Ronald Arculli ein Mandat einbüßte und damit auf acht Sitze kam, blieb die Zahl der von der Hong Kong Progressive Alliance gewonnenen Sitze konstant bei fünf. Als eindeutiger Wahlsieger muss dagegen die Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong (DAB) gelten, deren Anteil an den Stimmen im direkten Wahlgang von 25,2% im Jahr 1998 nun auf 29,7% angestiegen ist (1995 hatte ihr Anteil nur 15,6% betragen). Damit konnte sie die Zahl ihrer Vertreter in der Legislative von neun auf 11 erhöhen (ebd.).

Dieses gute Ergebnis wurde in Hongkong umso überraschter aufgenommen, als sich zweieinhalb Wochen vor dem Wahltermin ein Skandal um einen bekannten Abgeordneten und neuerlichen Kandidaten der DAB, Gary Cheng, entzündet hatte, anlässlich dessen die Prognosen für die Gewinnchancen der Partei erheblich nach unten korrigiert worden waren. Gary Cheng hatte unter dem Druck der Me-

dienöffentlichkeit eingestehen müssen, dass er eine Unternehmensberatungsbetrieb, die er nicht nur nicht ordnungsgemäß angemeldet hatte, sondern über die er großen Firmen, unter anderem einem Telekommunikationsunternehmen innerhalb des Konglomerats des Hongkonger Tycoons Li Ka-hsing, politisch vertrauliche Informationen zugänglich gemacht hatte; ferner war er eines außerehelichen Verhältnisses überführt worden. Bereits vor der Wahl hatte sich abgezeichnet, dass Gary Cheng sich mit Rücktrittsabsichten trug, jedoch war es aufgrund von Regeln innerhalb des komplexen Listenwahlrechts nicht möglich, seine Kandidatur, die er gemeinsam mit einer Mitstreiterin eingegangen war, kurzfristig zurückzuziehen. Trotz seiner beeinträchtigten moralischen Integrität ging Cheng allerdings, ebenso wie seine Parteigenossin, aus den Direktwahlen des Distrikts Hong Kong Island siegreich hervor (SCMP, 13.7., 12.9.00; RTHK, Radio 3, 17.9.00, nach SWB, 19.9.00).

Der Rückschlag des demokratischen Lagers, insbesondere die Verluste der Democratic Party zu Gunsten der DAB, stellen die Fortsetzung eines Trends dar, der sich bereits seit dem Jahreswechsel 1998/99 abgezeichnet hatte. Offensichtlich auch durch die Folgen der Asienkrise bedingt, hat sich die politische Parteienlandschaft in Hongkong nachhaltig geändert: Zu der Einordnung der einzelnen Parteien und unabhängigen politischen Vertreter zwischen einer Beijing-kritischen, pro-demokratischen Position einerseits und einer Beijing-freundlichen Position andererseits ist eine weitere Koordinate getreten, anhand derer die einzelnen Parteien verortet werden: Hier handelt es sich um die Unterscheidung des Eintretens für die Interessen der lokalen Geschäftselite einerseits und der Wohlfahrtsinteressen der breiteren Bevölkerung andererseits. Gerade die DAB hat sich hier in einem neuen Segment positioniert, indem sie eine im Wesentlichen Beijing-freundliche Grundhaltung mit einer an den Bedürfnissen des „einfachen Mannes“ orientierten Programmatik verbindet (vgl. C.a., 00/7, S. 795-796).

Für die Wahlniederlage der Democratic Party werden von verschiedenen Kommentatoren mehrere Gründe ver-

antwortlich gemacht. Zum einen wird argumentiert, dass der Mythos der Vertretung der ureigenen „Hongkonger“ Interessen durch die Demokraten an Wirkkraft verloren hat, wie er insbesondere durch die charismatische Figur Martin Lees, auch als „Martyr Lee“ bezeichnet, lange Zeit getragen worden ist. Die Kritik an Beijing und an der Regierung unter Tung Chee-hwa reiche schlicht nicht mehr hin, um die Sympathien der Wähler zu gewinnen. Dazu kommt die zunehmende Zersplitterung des demokratischen Lagers und der Democratic Party selbst, die sich seit Ende 1998 fraktionell gespalten hat und in zahlreichen inhaltlichen Konflikten aufzureiben droht. Schließlich wird ein Mangel an politischen Konzepten und programmatischen Alternativen zur bestehenden Politik der Regierung beklagt. Dieser Mangel bestehe zwar auch bei anderen Parteien, würde dort aber, und insbesondere in der DAB, durch intensive organisatorische und Wohlfahrtsaktivitäten an der Basis aufgewogen; genau dazu jedoch fehlten den demokratischen Parteien wiederum die finanziellen und personellen Ressourcen (SCMP, 25.5., 1.6., 22.7., 12., 14., 16., 19.9.00; *Hong Kong iMail*, 16.6.00; WSJ, 8.9.00)

Die Führung der Democratic Party hat angekündigt, weitreichende Konsequenzen aus ihrer Niederlage zu ziehen, aber es steht zu bezweifeln, ob sich durch solche Willensbekundungen die eingetretene Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse rückgängig machen lässt. Grundsätzlich ist angesichts des von der Exekutive dominierten politischen Systems in Hongkong nicht zu erwarten, dass sich die für viele als frustrierend empfundene Beschränkung der politischen Befugnisse der Legislative grundsätzlich ändern könnte. Im Hinblick auf weitere Demokratisierungsschritte jedoch, die im Wahlsystem Hongkongs für das Jahr 2004 und eventuell für das Jahr 2007 vorgesehen sind, wenn auch die demokratische Wahl des Regierungschefs zur Debatte stehen wird, sind alle Parteien bemüht, sich möglichst gut für den bestehenden Wettbewerb um die Gunst der Wähler zu rüsten.

Auch die Führung der DAB unter Tsang Yok-sing war offensichtlich bemüht, sich für den zukünftigen Kampf um die Wählerstimmen in Hongkong

den Rücken frei zu halten, indem sie dem Rücktrittsgesuch Gary Chengs nach seiner erfolgreichen Wahl zugestimmt hat. Die Entscheidung Chengs, die Verantwortung für sein persönliches Fehlverhalten zu übernehmen, hatte sich bereits während der Wahlen angedeutet; sein endgültiger Rücktritt eine Woche später wurde zwar von einigen als Illoyalität gegenüber seinen Wählern kritisiert, von der Öffentlichkeit im Ganzen aber als angemessenes Verhalten honoriert und die Trübung im Image der DAB damit weitgehend beseitigt (SCMP, 16., 19., 20., 21.9.00).

Damit aber hat der Skandal nun doch ein Nachspiel für die Legislativwahl, da für den Sitz des ausgefallenen Gary Cheng im Distrikt Hong Kong Island nun Nachwahlen nötig werden, die für den Dezember anberaumt sind. Um das freie Mandat bewerben sich mindestens fünf Kandidaten aus den demokratischen Parteien und dem unabhängigen Lager (SCMP, 20.9.00); je nach Ausgang der Nachwahl könnte das Wahlergebnis so zuletzt doch noch zu Gunsten des demokratischen Lagers korrigiert werden. In diesem Fall wäre im Wesentlichen die Sitzverteilung der Legislativversammlung von 1998 wieder hergestellt, allerdings mit einem deutlich gestiegenen demokratischen Mandat der DAB, die in jedem Fall als Wahlsieger zu gelten hat.

Der Skandal um Gary Cheng im Zusammenhang mit den jüngsten Wahlen hat außerdem eine Diskussion um die Einführung eines Parteiengesetzes ausgelöst, das bisher in der SVR Hongkong nicht existiert. Gegenwärtig sind vielmehr alle politischen Parteien und Gruppierungen lose als Gesellschaften im Rahmen der so genannten „Companies Ordinance“ registriert. Diese enthält weder Funktionsbestimmungen oder organisatorische Mindestanforderungen noch Regeln für die Offenlegung der Finanzen, wie sie in den meisten Parteiengesetzen demokratischer Staaten in der einen oder anderen Weise festgeschrieben sind. Die Formulierung eines Parteiengesetzes, wie sie nun von einigen Stimmen anlässlich des jüngsten Skandals gefordert wird, würde zahlreiche Fragen im Zusammenhang mit diesen Regelungsbereichen aufwerfen. Auch stünde zu erwarten, dass das problematische Verhältnis der Legis-

lative als Aktionsfeld der politischen Parteien im Verhältnis zur bislang klar dominierenden Exekutive erneut Gegenstand heftiger Debatten würde (SCMP, 29.9.00). -hol-

33 Vorschläge der Expertenkommission zur Bildungsreform

Ende September 2000 wurde der Abschlussbericht der von der Hongkonger Regierung eingesetzten Expertenkommission zur geplanten Bildungsreform veröffentlicht. Ursprünglich sollte er bereits Ende Juni offengelegt werden. Doch hatte sich die Herausgabe der vorläufigen Empfehlungen der Kommission von Februar auf Mai verzögert, sodass sich auch die für Diskussionen in der Öffentlichkeit reservierte Zeit verschob.

Die Vorschläge der Expertenkommission betreffen alle vier Schulstufen von der Vorschuleebene bis zur Hochschule. Im Einzelnen beinhalten sie Folgendes:

Vorschuleebene:

- Einheitliche Zuständigkeit für Kindergärten und -krippen
- Qualitätsanhebung

Grundschule:

- Keine Aufnahmeprüfungen für die 1. Klasse
- Die Schulen können für die 1. Klasse 50% der zur Verfügung stehenden Plätze nach eigenem Belieben vergeben statt der bisherigen 65%. Bis zu 10% der Plätze können Bewerbern außerhalb des zuständigen Wohnbezirks zur Verfügung gestellt werden.
- Der „Academic Aptitude Test“, der bislang in der 5. und 6. Grundschulklasse stattfand und über den Zugang zur Sekundarstufe entschied, wird abgeschafft und durch eine Beurteilung der Gesamtleistung des Schülers ersetzt.
- Einführung von Beurteilungen grundlegender Kenntnisse in Chinesisch, Englisch und Mathematik auf verschiedenen Stufen der Grundschulbildung
- Übergang von der Grund- zur Sekundarschule möglichst ohne Prüfungshürden (sog. „D-Zug“ von der Grund- zur Sekundarschule)

Sekundarstufe:

- Dreijährige Sekundarstufe II, einschließlich Matrikulation (die bislang in der 6. und 7. Sekundarschulklasse erfolgte)
- Abschaffung der HKCEE (Hong Kong Certificate of Education Examination) und der A-Level Examination (bisher Aufnahmeprüfung für die Hochschule) und deren Ersetzung durch eine neue öffentliche Prüfung (vergleichbar einem Abitur)

Hochschulebene:

- Die Universitäten sollen die Länge der Studiengänge bis zum 1. Examen selbst festlegen.
- Die Universitätsinstitute müssen mittelbedingte Probleme selbst lösen.

(SCMP, 29.9.00)

Noch ist nicht bekannt, wie sich die Regierung zu diesen Vorschlägen der Expertenkommission stellt. Es wird erwartet, dass Tung Chee-hwa im Oktober in seiner Regierungserklärung Stellung zu den Empfehlungen nehmen wird. Völlig offen ist zum jetzigen Zeitpunkt z.B., wie weit die Regierung bereit ist, die teilweise mit hohen Kosten verbundenen Reformen des Bildungswesens durch Aufstockung des Bildungsetats zu finanzieren. Die Kommission hat sich nach Aussagen ihres Vorsitzenden absichtlich nicht mit den Kosten befasst. Über diese müsse die Regierung entscheiden (SCMP, 29.9.00).

Schon jetzt allerdings lässt sich sagen, dass die Vorschläge weit hinter den Erwartungen zurückbleiben, die viele in die Bildungsreform gesetzt hatten, gilt diese doch als eines der wichtigen Reformprojekte der neuen Regierung nach dem Ende der britischen Kolonialherrschaft mit großer Bedeutung für die Zukunft Hongkongs. Die Vorschläge dürften weder die Bildungsreformer noch die Reformgegner befriedigen, wie bereits ersten Reaktionen zu entnehmen ist.

An der Reform der Grundschule wird vor allem die Aufnahmepolitik kritisiert. Bisher konnten die Grundschulen sich 65% der aufzunehmenden Schüler selbst auswählen. Dieser Prozentsatz sollte eigentlich auf 15% gekürzt werden, um den Ansturm auf die

Eliteschulen zu reduzieren. Das Gros der Schüler sollte den Schulen zentral nach Wohnbezirken zugewiesen werden. Dagegen waren die Eliteschulen Sturm gelaufen, aber auch Eltern, die ihre Kinder nach wie vor auf Eliteschulen geben wollen. Dass jetzt empfohlen wird, den Schulen bei der Hälfte ihrer Schüler freie Wahl zu lassen, würde keinen großen Unterschied zur bisherigen Praxis bedeuten, d.h. das Eliteschulsystem würde nicht durchlässiger werden. Die gleichen Kreise, die die Eliteschulen beibehalten wollen, würden es am liebsten sehen, wenn auch die mit dem Academic Aptitude Test verbundene Klassifizierung der Schüler in fünf Leistungskategorien (das sog. „banding“) beibehalten würde. Hier scheint es jedoch bereits beschlossene Sache zu sein, dass es künftig nur noch drei Kategorien geben wird (vgl. dazu auch C.a., 00/3, Ü 36). Ehrgeizige Eltern befürchten, dass durch diese Maßnahme die Qualität der Erziehung ihrer Kinder sinken werde, weil nun auch mehr mittelmäßig begabte Kinder in gute Sekundarschulen aufgenommen würden (SCMP, 29.9.00).

Die Reduzierung der allgemeinbildenden Sekundarschule von sieben auf sechs Schuljahre scheint weitgehende Zustimmung zu finden, desgleichen die Ersetzung der beiden Prüfungen HKCEE und A-Level Examination durch eine einzige Prüfung, zumal die neue Prüfung praktisch mit dem HKCEE vergleichbar sein soll (SCMP, 29.9.00). Die Abschaffung des siebten Sekundarschuljahres, so hatte es noch im Zwischenbericht der Kommission vom Mai geheißt, würde notwendigerweise die Verlängerung des Hochschulstudiums von drei auf vier Jahre bis zum 1. Examen nach sich ziehen. Im jetzigen Abschlussbericht ist davon nicht mehr die Rede. Wohl mit Blick auf die Regierung, die frühzeitig klar gemacht hat, dass die Universitäten diese Reform kostenneutral vollziehen müssten, überlässt es die Kommission jetzt den Hochschulen selbst, die Studiendauer für das Grundstudium in den einzelnen Fachrichtungen festzulegen. -st-

SVR Macau

34 Offizieller Besuch Edmund Hos in Japan

Der Regierungschef der Sonderverwaltungsregion Macau (SVRM), Edmund Ho Hau Wah (He Houhua), stattete vom 18. bis 22. September Japan einen offiziellen Besuch ab. Begleitet wurde er u.a. vom Sekretär für Wirtschaft und Finanzen, Francis Tam Pak Un (Tan Boyuan), und der Präsidentin der Legislativversammlung, Susana Chou (Cao Qizhen). (XNA, 16.9.00; RMRB, 19.9.00) Am 19. September besuchte er das Transportministerium und gab zu erkennen, dass das Ministerium den Tourismus der SVRM in Japan und die Aufnahme von Charterflügen zwischen Macau und Japan fördern werde. Am folgenden Tag traf Edmund Ho dann erst mit Außenminister Yohei Kono und später mit Ministerpräsident Yoshiro Mori zusammen. Edmund Ho erklärte Mori, dass China, Japan und Singapur die drei Mächte seien, die für Macaus wirtschaftliche Entwicklung am wichtigsten seien, und drückte den Wunsch nach einer verstärkten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Informationstechnologie aus. Nach dem Treffen deutete Edmund Ho an, dass der Ministerpräsident Japans Unterstützung für die Entwicklung der Informationstechnologie der SVRM zugesagt habe. Ho meinte, die Verantwortlichen auf der Macau-Seite würden die Art und Weise der Kooperation mit den betreffenden japanischen Vertretern über das japanische Generalkonsulat in Hongkong und Macau erörtern. Das Programm werde in Macau durchgeführt werden und von dort in den übrigen Teil des Perlflossdeltas ausstrahlen. (XNA, 21.9.00; RMRB, 22.9.00; Macau Government Information Bureau website, 21.9.00; Kyodo News Service, Tokyo, 20.9.00, in SWB, 21.9.00) Auf Edmund Hos Programm standen ferner Besuche des Unternehmensdachverbandes „Keidanren“, der Tokyoer Börse, der Zeitung *Asahi Shimbun* und des Rennklubs sowie Gespräche mit Führungskräften der drei japanischen Fluglinien. (XNA,